Zivilgesellschaftliche Teilhabe in Europa – Der Gerichtshof als politischer Raum. Strategische Prozessführung vor dem EuGH und dem EGMR als politische Strategie (am Beispiel der LGBTIQ* Rechte)

Marion Guerrero[1]

Sowohl Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), als auch des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) haben großen Einfluss auf nationale Rechtsordnungen. Aufgrund der politischen Implikationen ihrer Rechtsprechung kann man bei ihren Entscheidungen von judikativen Policies (*judicative poilcies*) sprechen.

Gerade in Zeiten rückschrittlicher und repressiver nationaler (Regierungs)politik können diese beiden Gerichtshöfe daher interessante Foren für zivilgesellschaftliche Interventionen sein. Mittels „strategischer Prozessführung" können zivilgesellschaftliche Organisationen an einflussreichen judikativen Entscheidungsprozessen teilhaben. Während diese Methode der judikativen Partizipation v.a. im englischsprachigen Raum gut bekannt und weit verbreitet ist, steckt sie in Europa noch in den (akademischen) Kinderschuhen.

Unter „strategischer Prozessführung" wird die Entwicklung langfristiger Verhandlungsstrategien verstanden mit dem Ziel, die Rechtsordnung progressiv verändern.[2] Diese Strategie kann besonders interessant für Minderheiten sein, die über keine starke politische Lobby verfügen.[3] Bei „strategischer Prozessführung" werden Fälle von aktivistischen Anwält_innen *danach* ausgewählt, ob sie potenziell zu (positiven) Präzedenzfällen führen könnten. Die Prozessführung ist somit nicht Selbstzweck, sondern das Vehikel für die Umsetzung einer politischen Agenda. Häufig werden daher die Mandant_innen selbst Aktivist_innen sein.

---

[1] Dieser Beitrag basiert auf meiner Dissertation, verteidigt am 17.12.2018 am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, Italien.

[2] Siehe zB Joanne Scott & Susan Sturm, *Courts as Catalysts: Re-Thinking the Judicial Role in New Governance,* 13 COLUM. J. EUR. L. 565, 576 (2006-2007).

[3] Siehe zB Marc Galanter, *Why the Haves Come Out Ahead: Speculations on the Limits of Legal Change,* 9 LAW & SOC'Y REV 95 (1974).

NGOs und andere Organisationen (zB Arbeiterkammer, Gewerkschaft, usw) können so auf kreative Weise die Möglichkeiten nutzen, die das europäische Rechtssystem ihnen bietet. Gerade im deutschsprachen Raum ist das Konzept der „strategischen Prozessführung" allerdings noch relativ unbekannt – vor allem auch aufgrund der rechtsformalistischen Sicht der Gerichte als „Diener der Legislative".[4] Dies ist aber gerade auf europäischer Ebene faktisch nicht zutreffend. Sowohl der EuGH als auch der EGMR können nationales Recht überprüfen und gegebenenfalls befinden, dass es nicht im Einklang mit höher stehenden Rechtstexten ist, und zwar der Europäischen Konvention für Menschenrechte respektive – im Fall des EuGH – Europäischem Recht. Der EuGH wurde von manchen Kommentatoren als „Europäisches Verfassungsgericht" bezeichnet.[5] Der EGMR wiederum ist befugt, die Konvention für Menschenrechte autoritativ zu interpretieren – die wiederum verbindlich für die Mitgliedstaaten ist (in Österreich wurde sie sogar auf Verfassungsebene ratifiziert).

Mein Beitrag soll sowohl die Chancen als auch die Risiken strategischer Prozessführung als politsicher Strategie beleuchten. Befürworter verstehen diese Methode als eine effektive Form „partizipativer Demokratie"; dadurch können Individuen direkt an einflussreichen Entscheidungsprozessen teilnehmen, die bislang für Eliten reserviert waren.[6] Gegner wiederum bemängeln die demokratische Legitimation von Richter_innen und befürchten eine Umgehung von repräsentativen politischen Prozessen.[7]

Anhand des Beispiels der (erfolgreichen) LGBTIQ* Rechtsprechung des EuGH und des EGMR soll mein Beitrag folgende Fragen behandeln: Kann strategische Prozessführung NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen Zugang zu wichtigen judikativen Entscheidungsprozessen ermöglichen? Ist es eine emanzipatorische Strategie für Interessensgruppen mit mangelndem politischen Rückhalt? Kann auf diese Weise politischer Einfluss auf die Politik der EU – und in weiterer Folge der Nationalstaaten – genommen werden?

---

[4] Alec Stone Sweet, 'Why Europe Rejected American Judicial Review – And Why It May Not Matter' (2002-2003) 101 Michigan Law Review 2744, 2744.
[5] Siehe zB Alec Stone Sweet, *Governing with Judges: Constitutional Politics in Europe* (Oxford University Press 2000).
[6] Siehe zB Austin Sarat and Stuart Scheingold (eds), *Cause Lawyers and Social Movements* (Stanford University Press 2006).
[7] Richard Bellamy, *Political Constitutionalism* (Cambridge University Press 2007).